

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beträge oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler
G. L. Danne, Invalidendank. Berlin: Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle a. S. J. W. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heine, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 18. Januar. Montag Abend sah der Kaiser, wie bereits gemeldet ist, eine kleine Gesellschaft bei sich, zu der auch die Geheimräthe Krupp und Freiherr von Stumm gehörten. Mit beiden unterhielt sich, wie wir hören, der Kaiser sehr eingehend. Es liegt auf der Hand, daß der Ausstand der Bergleute im Saarrevier den Hauptgegenstand der Besprechung bildete. In parlamentarischen Kreisen wird behauptet, daß es den genannten Herren nicht gelungen sei, die Zustimmung des Herrschers zu den im Reichstag beschafften Ansichten des Herrn von Stumm zu gewinnen, vielmehr sollen die Ansichten des Handelsministers von Versepky die Oberhand behalten haben.

In der königlich preussischen Armee werden, dem „Militär-Wochenblatt“ zufolge, in 1893 das fünfzigjährige Dienstjubiläum begehrt: General der Infanterie Frhr. v. Merzdorf-Hüllesheim, kommandirender General des Gardekorps, am 21. März 1893, General der Kavallerie, Generaladjutant Sr. Majestät des Kaisers und Königs v. Rauch L., Präses der General-Ordenskommission, am 14. Mai 1893.

In der königlich bayerischen Armee werden das fünfzigjährige Dienstjubiläum begehrt: General der Infanterie von Barceval, königlicher Generaladjutant und kommandirender General des 2. königlich bayerischen Armeekorps, am 16. August 1893, Generalleutnant v. Staadt, Chef des Generalstabes der königlich bayerischen Armee, am 1. März 1893, Generalmajor Frhr. v. Hertling, Sektionschef der Leibgarde der Hofkammer, am 20. August 1893.

In dem 12. (königlich sächsischen) Armeekorps wird Allerhöchste Seiner fünfzigjähriges Dienstjubiläum begehrt: Sr. Majestät der König am 24. Oktober 1893. Auf Allerhöchsten Befehl wird das Jubiläum in der Armee bereits am Sonntag, den 22. Oktober 1893 gefeiert.

In dem 13. (königlich württembergischen) Armeekorps findet im Laufe des Jahres 1893 eine Feier von Dienstjubiläum statt.

Personalnachrichten aus den Kolonien: Der Gouverneur von Deutsch-Südafrika, Frhr. v. Soden, war nach einer telegraphischen Mitteilung krankheitsshalber genötigt, nach Bombaj abzureisen, beabsichtigt jedoch, vor Austritt seines Urlaubs nach Europa nach dem Dar-es-Salaam zurückzukehren. — Oberleutnant v. Scheele ist in Ostafrika eingetroffen und hat eine Informationsreise in das Innere unternommen. — Der kaiserliche Kanzler Reiff hat nach Ablauf seines Urlaubs die Rückreise nach Kamerun angetreten. — Der Arzt in der kaiserlichen Schutztruppe für Ostafrika Dr. Steuber hat nach Ablauf seines Kommandos die Heimreise angetreten. — Nachdem der bisherige Generalvertreter der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft in Ostafrika, Genau, Ende v. J. S. Sinfar frankheitsshalber verlassen hat, ist an seine Stelle als Generalvertreter Herr J. J. Wamboldt getreten.

Der bisherige kaiserliche Kommissar für Kamerun, Rote, ist auf Urlaub eingetroffen. — Der Bureau-Diätar Franz Pabel und der Revierjäger Louis Meyer begeben sich am 18. v. Mts. von Neapel aus nach Dar-es-Salaam, um daselbst in den Possiden des kaiserlichen Gouvernements daselbst zu treten.

Das diesmonatliche Avancement war wieder nur sehr klein. Die wenigen höheren Stellen, die zur Erledigung kamen, sind noch nicht wieder besetzt, so daß anzunehmen ist, die kommenden Hofesttage werden eine Anzahl von Beförderungen in höhere Stellen bringen. Zur Disposition gestellt ist der Chef der topographischen Abteilung der Landesaufnahme Generalleutnant Steinhausen, der seit nahezu sechs Jahren in dieser Stellung war. Im Kadettenkorps ergaben 1892 1893 charakteristischer Generalleutnant. Auf der Höhe ist noch der Oberst Graf v. Schwerin vom bayerischen Leib-Garde-Regiment Nr. 115 abgegangen; ferner sind 3 Oberleutnants, 5 Majors, 7 Hauptleute bzw. Rittmeister, 7 Premierleutnants und 8 Sekondleutnants verabschiedet. An Beförderungen zählen wir nur 1. zum Major, 4 zu Hauptleuten, 6 zu Premierleutnants und 7 zu Sekondleutnants.

Am gestrigen Stiftungstage des Schwarzen Adlers waren es nur fünfzig Ritter, welche durch den Kaiser als Souverän und Oberhaupt des Ordens die Investitur erhielten: Prinz Friedrich Heinrich von Preußen, ältester Sohn des Prinzen Albrecht, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, der Bruder der Kaiserin, Landgraf Alexander Friedrich von Hessen, Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und Prinz Friedrich Karl von Hessen, Bruder des Landgrafen und Bräutigam der Prinzessin Margarethe. In dieser Feierlichkeit war der höchste Hofrang entfallen, der sich sowohl durch die große Gala-Ausfahrt kennzeichnete, als durch die Pracht im Innern des Schlosses. Als der Zug der Ritter aus dem Gemächern Friedrich I. nahe, trat die Kaiserin mit dem Kronprinzen, dessen ältesten Brüdern und den Prinzessinnen der Prinzessin, um dem Aufnahmestift zu zusehen, paarweise, die jüngsten nach dem Alter ihres Vaters voraus, schritten die Ritter in den Saal zu den ihnen angewiesenen Plätzen. Dann kam der Kronprinz Otto zu Stolberg-Wernigerode, das große Ordenskreuz tragend, den prinzipal Rittern vorausschreitend, welche gleichfalls paarweise folgten. Den Beschluß machte der Großmeister des Ordens, der Kaiser. Alle trugen sie die rotfarbenen, mit blauer Seide gestützten Mäntel, auf deren linken Seite der große achtspeichige Stern des Ordens in Silber gestickt ist. Sobald die Spitze des Zuges den Ritteraal erreicht hatte, setzte auf dem übernen Thor eine

schmetternde Fanfare ein, welche so lange dauerte, bis der Kaiser den Thron bestiegen hatte. Derselbe bedeckte das Haupt und erhobte nacheinander dem Ordens-Zeremonienmeister den Befehl zur Einführung des Prinzen Friedrich Heinrich und des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein. Die als Paraden assistierenden Kapellmitglieder, der Vater des ersten genannten Prinzen, Prinz Albrecht und Prinz Heinrich begaben sich hierauf nach Verbengung vor dem Kaiser in die rote Adler-Kammer und geleiteten von dort die beiden neu aufzunehmenden Ritters bis an die Stufen des Thrones, wo sich alle vor dem Ordensgroßmeister vereinigten. Dies geschah unter den Klängen einer kurzen Fanfare. Unter den üblichen Zeremonien geschah dann die Aufnahme. Hierauf erfolgte die Aufnahme des erbländeten Landgrafen Alexander Friedrich von Hessen, des Herzogs Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein und des Prinzen Friedrich Karl von Hessen.

Aus Petersburg wird der „Allg. R. Kor.“ mitgeteilt, daß der Großfürst Thronfolger als Hochzeitsgeschenk für die Prinzessin Margarethe hervorragende Erzeugnisse russischer Goldschmiedekunst mitbringt. Ein Diadem in national-russischem Geschmack aus Diamanten und Perlen, sowie ein Theeservice in Silber sollen dabei die erste Stelle einnehmen.

In den „Hamb. Nachr.“ findet sich folgende, als „Stimmungssymptom“ erwähnenswerthe Notiz an die Adresse des Handelsministers von Versepky:

„Uns ist die Festigkeit angenehm aufgefallen, womit der Handelsminister von Versepky bei der heutigen Reichstagsdebatte den Sozialdemokraten widerstanden hat. Herr von Versepky ist damit der Verantwortlichkeit, die ihm zufällt, einigermaßen gerecht geworden, da er — nicht als Minister, aber doch als Regierungspräsident in Düsseldorf — den sozialdemokratischen Bestrebungen nicht mit derselben Entschiedenheit entgegengetreten ist, wie der Oberpräsident von Westfalen. Letzterer wurde wegen seines Auftritts plötzlich abgesetzt, während Herr von Versepky in Folge seiner Haltung, die er als Regierungspräsident in Düsseldorf ohne Zählung mit seinem damaligen vorgelegten Handelsminister (b. i. dem kaiserlichen Bismarck) eingenommen hatte, zum Oberpräsidenten und in kurzer Zeit zum Minister ernannt wurde. Es ist sehr erfreulich, wenn Herr von Versepky die Erkenntnis gewonnen hat, daß seine amtliche Vergangenheit ihn besonders verpflichtet, den Wünschen der damals von ihm gepflegten Tendenzen entgegenzutreten.“

In die Kommission für das Wahlreformgesetz wurden gestern gewählt Graf Clatour d'Haussonville (konfervativ), welcher den Vorsitz führen wird, v. Vos (freikonfervativ) als dessen Stellvertreter, die Abgeordneten Spiegel, Cels und Bachem als Schriftführer; ferner sind Mitglieder der Kommission die Konfervativen Bartels, Bodenhausen, Bohy, Heydebrand, von den Freikonfervativen Krentz, Tschoppe, die National-liberalen Graf, Grimm, Heide, Seer, vom Zentrum Frisen, Herold, Bösch, Kintelen. Die Freikonfervativen haben den Abgeordneten Langerhans, die Polen Gzinski für die Kommission bestimmt.

Die Spezialkommission des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten entrollen ein interessantes Bild wirtschafts- und sozialpolitischen Thätigkeit in Bezug auf den ländlichen Grundbesitz. Schon in der Rede, mit welcher der Finanzminister den Etat vorlegte, ist darauf hingewiesen worden, in wie großem Umfange das Gesetz über die Errichtung von Rentengütern einem vorhandenen Bedürfnis entspricht. Nach den mit demselben gemachten Erfahrungen gilt dies in gleicher Weise bezüglich der Auslegung von Grundbesitz, sei es zur Abfindung von über die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Gutes, sei es behufs besserer Verwertung ganzer Güter, wie bezüglich der Aufteilung mittels der Versteigerung eines Rentengutes. In manchen Ambeschaffenheiten, so namentlich in einigen Theilen von Schlesien, überwiegt das Angebot von Rentengütern zur Zeit sogar die Nachfrage.

Dann in Hand mit dieser auf die Vermehrung der Zahl mittlerer und kleiner landwirtschaftlicher Existenzen auf Privatgrundbesitz gerichteten Thätigkeit geht eine gleiche Thätigkeit auf dem Gebiete des staatlichen Grundbesitzes, für welche wiederum der Betrag von 250 000 Mark im Etat ausgedrückt ist. Bei der Beschaffenheit des Domainenbesitzes, welcher vermöge seiner hohen Kultur und des großen Gebäudeinventars nur in einzelnen Fällen die Zerkleinerung ganzer Vorwerke wirtschaftlich rationell erscheinen läßt, handelt es sich dabei in erster Linie um die weitere Erschließung der fiskalischen Moore und um die Befriedigung der zur landwirtschaftlichen Benutzung geeigneten Theile von im übrigen zur Aufforstung erworbenen Ländereien. Endlich eröffnet die Bestimmung, wonach der den Etatbetrag von 800 000 Mark übersteigende Erlös aus dem Verkauf von Domainengrundstücken in den neuen Provinzen zum Ankauf von Ländereien zur Aufforstung verwendet werden kann, die Aussicht auf eine intensivere Thätigkeit auf diesem Gebiete. In den genannten Provinzen besitzt der Staat noch zahlreiche Grundstücke, deren Erlös nicht, wie in den alten Landesteilen, zur Schuldentilgung verwendet werden muß, sondern für andere Zwecke verfügbar ist. Unter ihnen giebt es eine nicht geringe Anzahl, welche sich daraus zur privatwirtschaftlichen Ausnutzung eignen und deren Verkauf eine Vermehrung der Zahl der Landwirtschaft bewirken würde. Wird, wie es in der Absicht liegt, planmäßig mit der Ueberlassung dieser Grundstücke an Private vorgegangen, so wird nicht nur in den betreffenden Landesteilen eine erwünschte Gelegenheit zum Erwerb von Grundbesitz eröffnet, sondern es wird auch eine verstärkte Thätigkeit nach der Richtung des Erwerbs verlorener Ländereien zur Aufforstung und so zu einer nicht zu unterschätzenden Vermehrung des Nationalreichthums und zur Besserung der klimatischen Verhältnisse ermöglicht.

Eine Abordnung der Arbeitslosen, die am Sonntagsabend in Charlottenburg sich versammelt hatten, wurde Montag dort vom Oberbürgermeister Frische empfangen, dem sie die Wünsche der Versammlung unterbreitete. Diese hatte beschlossen, bei dem Magistrat um die Einführung des Achtstundentages, um Lohnaufbesserung und sofortige Einstellung von Arbeitslosen bei der Straßenreinigung vorstellig zu werden. Der Oberbürgermeister erwiderte der Abordnung der „Charl. Ztg.“ zufolge n. a., „Es sei der Grund-

irrtum, der sich durch die Arbeiterverhandlungen der Neuzeit hindurchziehe, daß den Arbeitern dem Staat und den Gemeinden gegenüber ein Recht auf Arbeit zustehe. Niemand habe ein „Recht“ auf Arbeit, vielmehr sei ein jeder seines Glückes Schmied, und auch der Arbeiter nehme im Kampfe mit des Lebens Mühen und Sorgen keine andere Stellung ein wie der Handwerker, der Gewerbetreibende u. s. w. Eine andere Frage sei es, ob nicht die gegenwärtig anhaltende Unbill der Witterung diesen und jenen Familienvater in besondere Bedrängnis zu bringen geeignet sei und ob es nicht das öffentliche Interesse in Verbindung mit dem Gesez der Nächstenliebe angezeigt erscheine, daß sich die Gemeindeverwaltung eines Theiles der bedrängten Arbeiter annehme. Von diesem Gesichtspunkt aus, aber auch nur von diesem, würde er in den einzelnen Ressorts Umfrage halten und je nach dem Resultat in den Grenzen der Möglichkeit auf Zuweisung von Arbeit bedacht sein — mit welchem Erfolge, vermöge er freilich nicht abzusehen. Soweit es sich dagegen um achtstündige Arbeitszeit und Lohnaufbesserung handelte, würden sie einen Bescheid überhaupt nicht erlassen; wenn das nicht anstünde, werde sich seine Arbeit anderswo suchen.“ Der Sprecher der Abordnung gab dem Oberbürgermeister zu verstehen, daß sie ihr Recht event. bei der Stadtverordnetenversammlung verfolgen würden, was ihnen der Oberbürgermeister anheimstellte.

Wie schon bekannt, ist im preussischen Etat vorgeesehen, die Zahl der Lose der preussischen Klassen-Lotterie um 30 000 auf 220 000 zu vermehren. Jedoch wird die erste der beiden in das Etatsjahr 1893—94 entfallenden Lotterien, die 1883, noch nach dem jetzt geltenden Spielplan, ohne Vermehrung der Lose, gezogen werden, und die letzte erst für die 1891. Lotterie eintreten. Der Ueberbush der Lotterieverwaltung erhöht sich auf diese Weise im nächsten Etatsjahr noch nicht um den vollen Betrag, der aus der Losvermehrung zu erwarten steht, sondern nur um 890 600 Mark, nämlich von 8 060 300 M., wie sie der laufende Etat vorsieht, auf 8 950 900 Mark, die für 1893—94 in Ansatz gebracht sind.

Die Anfertigung von Deutschen in Südwestafrika hat, wie die „Kreuzztg.“ berichtet, dadurch unerwartete Fortschritte gemacht, daß von den etwa 45 Mann der Schutztruppe sich 31 daselbst angesiedelt haben; ihnen ist unentgeltlich Land überwiesen worden. Die jungen kräftigen Leute brauchen nicht erst mit hohen Kosten dahin gebracht zu werden, sie sind durch mehrjährigen Aufenthalt und ihre (meist wirtschaftliche) Thätigkeit mit den Landesverhältnissen und den Steuerverhältnissen vertraut und bilden eine rein deutsche Kolonie. Im Februar geht ein Ergänzungstruppert auf Mannschaften ab; wenn von ihnen wieder ein so großer Prozentsatz als Ansiedler dort bleibt, so bekommen wir in einem Jahrzehnt einen Satz deutscher Landbesitzer und Bauern, wie er kaum erhoht werden konnte. Zugleich sind diese Männer zum Selbstverdienstdienst als eine Art Landwehr verpflichtet.

In Straßburg i. E. wurde dieser Tage in vielen tausend Exemplaren ein französisches Flugblatt verbreitet, welches in vorzüglicher Uebersetzung folgendermaßen lautet:

Eure feste Liebe zu Frankreich, Eurem natürlichen und Adoptiv-Vaterlande, welches sich seit 22 Jahren nicht einen Augenblick verlernt hat, ist lebenswerth und macht Euch die größte Ehre. Franzosen wartet Ihr vor dem Unglück, Franzosen seid Ihr geblieben. Diese Zeit ist für Euch ein langes Martyrium gewesen, aber Eure unerschütterliche Standhaftigkeit soll dafür belohnt werden. Die Stunde Eurer Befreiung schlägt, möge sie Euch zu äußerster Anstrengung vereinen. Unentfesselte Landleute, Handwerker und Arbeiter, bleibt fest, möge das Ende Eurer Leiden Eure Gefühle nie belegen. Die Union der französischen Patrioten beschwört Euch, nun erst recht eine starke Energie zu entfalten und, wenn die Stunde schlägt, die Hand Eurer Mutterlande Frankreich zu reichen, welches auf Eure Kraft vertraut und Euch liebt.“

Viele Empfänger dieses aus dem Luxemburgischen nach den Reichslanden eingeschmuggelten Flugblattes haben sich bereit, dasselbe der Behörde zu übergeben, zugleich ihren Unwillen gegen die Urheber dieses stark an die Fälschungszeit erinnernden Schriftstückes andrücklich. Uebrigens hat, wie die „Nord. Allg. Ztg.“ mittheilt, die famose „Union des Patriotes Français“ ihr förmliches Erzeugniß nicht nur nach Straßburg, sondern nach allen Orten Elsaß-Lothringens versendet. Die Herren scheinen viel Zeit und Geld übrig zu haben, denn sonst würden sie sich doch wohl kaum dergleichen Unternehmungen, die eben zu förmlich sind, um irgendwie ernst genommen zu werden, leisten.

Von der Saar, 16. Januar. Der Vorstand des Rechtschutzvereins hat sich im Namen der Vergleite in einer Depesche an den Kaiser gewendet, in der er um eine Audienz nachsucht, um dem Kaiser im Namen der Vergleite folgende Vorschläge zu unterbreiten. Die Vergleite beantragen die Niederlegung einer Arbeitsordnungs-Kommission von zwei Vergleiten, zwei Vergleiten und einem fünften Mitgliede, entweder von diesen gemeinschaftlich oder von dem Kaiser gewählten unabhängigen Juristen, die sofortige Verlegung des Streits gegen Zurücknahme aller Maßregel gegen die ausständigen Vergleite, die Einsetzung der Gewerbeschiedsgerichte, die Niederlegung einer sachkundigen Kommission zur Prüfung der Betriebs- und Lohnabgabeverhältnisse. Sodann sollte die Kommission in der Audienz beim Kaiser Protest gegen das Verhalten des Abgeordneten Freiherrn v. Stumm einlegen, weil dieser die Koalitionsfreiheit antasten wollte, n. s. w., und endlich sollte sie sich gegen die Abführung von Vergleiten unter der falschen Begründung einer notwendigen Betriebsbeschränkung vernehmen. Der Rechtschutzverein und dessen Vorstand scheint in der That von einem Größeren Absichten befallen zu sein, denn sonst könnte er doch unmöglich bei Verlegung des Streits mit Forderungen hervortreten, die ernst zu nehmen unmöglich ist. Wenn man sieht, an welcher Ueberhebung der Vorstane jetzt noch leidet, so kann man vielleicht begreifen, daß er sich in die Hoffnung hat hineinden können, der Streik könnte vielleicht gewonnen werden.

Köln, 17. Januar. (W. T. B.) In Baume wurde gestern unter dem Vorst des Oberpräsidenten Studt eine Bratung mit den Regierungspräsidenten von Amsberg, Düsseldorf

und Münster, sowie den Landräthen und den Oberbürgermeistern aus den theilnehmenden Kreisen über die Ausstandsbewegung abgehalten. Die Lage wird nach der „Köln. Ztg.“ immer noch sehr ernst angesehen, die erforderlichen Maßregeln werden angeordnet. Auf 30 Bezirken der genannten Bezirke sind insgesamt noch 9745 Mann ausständig.

Essen a. d. Ruhr, 17. Januar. (W. T. B.) Die nominelle Zahl der Streikenden von gestern Mittag bis heute früh betrug 9775 Mann, 1180 Mann weniger als gestern. Die wirkliche Zahl der Streikenden dürfte jedoch noch geringer sein, weil der obigen Berechnung die frühere Zollziffer der Belegschaften zu Grunde gelegt ist, welche durch die Absehr sehr vermindert ist. Neu in den Ausstand getreten sind die Belegschaften der Zechen „Schamrock“ und „Friedrich der Große“.

Der Streikführer Bunte ist aus dem Gefängnis in das Krankenhaus übergeführt worden.

Hamburg, 17. Januar. Die Gerichte, daß Graf Waldersee seine Demission eingereicht hat, sind laut Informationen an zuständiger Stelle vollständig unbegründet.

Hamburg, 17. Januar. (W. T. B.) Der Bürgersehaft ist ein Antrag des Senates zugegangen auf Nachbewilligung von 2300 000 Mark für eine zentrale Sandfiltration, da die ursprünglich dafür bewilligten 6725 000 Mark nicht ausreichen.

Signaringen, 17. Januar. (W. T. B.) Der König Karl von Rumänien hat sich heute Abend nach Neuviere zur Königin Elisabeth begeben.

Dresden, 17. Januar. (W. T. B.) Anlässlich der Geburt des Prinzen fand heute Abend im Opernhaus eine Festvorstellung statt, welcher der König, die Königin und die königliche Familie sowie die zur Zeit hier anwesenden Fürstlichkeiten beiwohnten. Geöffnet wurde die Vorstellung durch einen von Pauline Ullrich gesprochenen Prolog. Nachdem alsdann Webers Inbeldouverture zum Vortrag gebracht war, wurde die Oper „Der Barbier von Sevilla“ aufgeführt.

Stuttgart, 17. Januar. In der heutigen Sitzung der württembergischen Kammer wurde eine Zuschrift des ehemaligen Hauptmanns Miller, betreffend die Welsensons-Angelegenheit, als ungenügend zur Verlesung bei Seite gelegt. — Ein offizieller Artikel des „Neuen Tagblatts“ tritt energisch für Beibehaltung der württembergischen Gesandtschaften in Wien und München ein.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 17. Januar. Bemerkenswerth ist der heutige einstimmige Beschluß des Wiener Gemeinderaths, den Papst anlässlich seines fünfzigjährigen Bischofsjubiläums zu beglückwünschen. Der Antrag ging von den beiden liberalen Vizebürgermeistern aus. Ueberbess legten die Antikemiten, die den Gemeinderathsbeschlüssen fern bleiben, einen gleichen Antrag schriftlich vor. Der Bürgermeister erklärte sofort, die Stadt Wien werde gern zu dem erhabenen und freudigen Feste ihre ergebenen und tiefgefühlten Glückwünsche darbringen. Er habe hierüber schon vor Wochen mit dem Runtius Galimberti gesprochen. Der Wiener Gemeinderath war bisher wegen seiner antikirchlichen Haltung stets die Zielscheibe der scharfsten Angriffe seitens der Ultramontanen.

Wie verlautet, wird die deutsche Botschaft, sobald der Rücktritt Dr. Smolkas vom Präsidium des Abgeordnetenhauses entgiltig erfolgt, was jedoch erst nach erfolgter Bildung der neuen Parlamentsmehrheit bevorsteht, für Dr. Smolka eine staatliche Ehrenpension beantragen. Dr. Smolka ist mittellos.

Belgien.

Brüssel, 17. Januar. (W. T. B.) Die Postenbehörde beschloß wegen der Eisanhäufungen im Hafen, daß nur eiserne Dampfschiffe mit weniger als 21 Fuß Tiefgang den Fluß hinauffahren dürfen.

Brüssel, 17. Januar. (W. T. B.) Die aus dem hierhergekommenen Arbeitslosen vereinigt sich zu einem Zuge und bewegten sich in der Richtung auf das Kammergebäude; die Polizei verbotene itessen das weitere Vordringen, da Kundgebungen innerhalb einer gewissen, die Regierungsgebäude umgebenden Zone nicht stattfinden dürfen. Nach Unterhandlung mit dem Führer der Arbeiterpartei Volbers gestattete der Polizeikommissar einer Abordnung von 5 Arbeitslosen, sich in das Kammergebäude zu begeben, wo sie von dem Sekretär und zwei Mitgliedern der Kammer empfangen wurden. Die Deputierten überreichte eine Petition, in welcher um Arbeit und Einführung des allgemeinen Stimmrechts gebeten wird. Hierauf wurden die Deputierten von den progressistischen Deputierten empfangen, welche versprochen, die Forderungen der Beschäftigungslosen zu unterstützen. Die Delegation zog sich alsdann zurück; zu irgend welchem Zwischenfalle kam es nicht.

Frankreich.

Paris, 15. Januar. Das neue Enthüllungsgewitter, das seit etwa zehn Tagen über unsern Häuptern schwebt, hat sich auch gestern nicht erloschen. Es soll unessen sehr nahe gewesen sein, und die Leute, die hier alles wissen, versichern, es sei im Ministerrath davon die Rede gewesen und dabei zu recht lebhaften Erörterungen gekommen. Der Ministerpräsident habe gegen verschiedene Personen die gerichtliche Untersuchung veranlassen wollen, und der Präsident der Republik habe mit dem Ausdruck seiner Mißbilligung nicht zurückgehalten und sehr entschieden seine Ansicht über den Ernst der Lage kundgegeben. Von anderer Seite wird behauptet, Herr Carnot habe sich mit wirklicher Bitterkeit darüber beschwert, daß die Regierung sich in dieser ersten Zeit ganz und gar keinen Schutz angeeignet habe, und habe den Premier geradezu aufgefordert, unter dem Mißtrauz des Gesezes Umhang zu halten und zu forgen, daß die Achtung vor dem Staatsoberhaupt nicht verlegt werde. Der Vorwurf der Anwesenheit des Präsidenten dürfte wohl einigermaßen anders gelungen haben, allein der Sinn mag wohl richtig sein, und es soll nach der früheren Ministerberatung sofort eine Versprechung zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Justizminister stattgefunden haben, die auch unmittelbar Folgen gehabt hätte. Sämtliche Depeschen, die gestern hier an Zeitungen abgesandt wurden und in denen das Staatsober-

haupt genannt war, sollen angehalten, näher ins Auge gefaßt und ein Theil derselben unterdrückt werden sein. Wahrscheinlich sind die übrigen dann mit Verpöschung befördert worden. Wie es heißt, habe es sich in erster Linie darum gehandelt, die Verbreitung eines äußerst bösartigen Angriffes zu verhindern, den ein Provinzialblatt, die „Depeche“ in Lille, gegen den Präsidenten gerichtet hatte. Der arme Herr Carnot hat überhaupt gegenwärtig recht unergütliche Tage. Wohin sind die schönen Zeiten geschwunden, da er seine Reisen in die Provinz unternahm, Deputationen und Blumensträuße entgegenkam, kleine Kinder in ruffischer Tracht kitzte, von der Bevölkerung angejubelt und von den Zeitungen nur lustig genetzt wurde wegen des bei seiner Ankunft unvermerktlichen Regenwetters! Heute wirkt man ihn ungefähr schon zu den Panamisten, und er kann bei seinem Frühlings „Rigaro“, „Gaulois“, „Lanterne“, „Saufrausganz“ und selbst „Siecle“ und „Petit Journal“ nicht mehr in die Hand nehmen, wenn er sich unangenehme Gemüths-bewegungen ersparen will. „Libre Parole“ geht heute so weit, ihm seinen Schwiegersohn vorzurücken, der bei den Beförderungen zu Neujaire das Offizierskreuz der Ehrenlegion erhalten hat. Herr Gumbiset war ein junger Advokat ohne Praxis, als er Fräulein Carnot heirathete. Er nannte sich nun Gumbiset-Carnot und wurde in kurzer Zeit General-Advokat, dann Ritter der Ehrenlegion, darauf General-Prokurator in Dijon und erhielt, wie bereits bemerkt, zu Neujaire die Beförderung zum Offizier der Ehrenlegion. Die bösen Tüben in der Presse wollten damals wissen, unter den Ernennungen sei der Name Gumbiset auf besonderen Wunsch des Präsidenten ohne den Namen Carnot erschienen, und es war die Bemerkung, die zuerst auf die Beförderung aufmerksam machte. Als Stichprobe aus den Angriffen auf das Staatsoberhaupt sei nur die nachstehende, hierher gehörige Bemerkung der „Libre Parole“ erwähnt:

„Man warf dem Präsidenten Gumbiset vor, er zahle seine Lieferanten mit Wänden der Ehrenlegion. Präsident Carnot steuert seine Töchter aus mit hermelinfestigen Amtsbändern. Welcher von beiden kommt den Steuerzahlern am wenigsten theuer zu stehen?“

Paris, 17. Januar. (W. T. B.) Panama-Projekt. In seinem Plaidoyer erhob der General-Staatsanwalt gegen Ferdinand von Lesseps den Vorwurf, daß er seit Beginn des Panama-Unternehmens mit dem Gelde der Gesellschaft verschwenderisch umgegangen sei und daß er betrügerische Nachschüsse angewandt habe, um zur Zeichnung von Obligationen zu verleiten. Ferner wies der Generalstaatsanwalt darauf hin, daß aus dem Gesellschaftskapital 600 Millionen Francs vergebzt worden seien.

Paris, 17. Januar. (W. T. B.) Panama-Projekt. Im weiteren Verlauf seines Plaidoyers hob der Generalstaatsanwalt hervor, daß für die Verwaltung der Panama-Gesellschaft bedeutende Summen aufgewendet seien, daß die Unternehmer und namentlich Eiffel enorme Vortheile aus den Geschäften gezogen hätten. Die Abmahnung Eiffels mit der Gesellschaft hätten allgemeine Ueberwachung hervorgerufen. Schließlich sprach der Generalstaatsanwalt von den unter dem Namen „Kosten für die Veröffentlichungen“ verborgenen Summen. Hierauf wurde die weitere Verhandlung auf morgen vertagt.

Paris, 17. Januar. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Zur Beratung steht der Gesetzentwurf, wonach die Ausgabe der Billets der Banque de France um 500 Millionen erhöht werden soll. Pelletan hob mißbilligend hervor, daß die Bank selbst die gegenwärtige Krise geschaffen habe, die Bank gehöre großen Geldmännern, welche mißlicher Weise gegenwärtig eine Operation vorbereiteten. Es wäre unklug, den Gesetzentwurf zu genehmigen. Tirard erwiderte, die Grenze der Ausgabe von Billets sei erreicht; hieraus folge eine Beschränkung für den Handel. Die Bank sei gewinnend, die Goldreserve, welche das Unterpfand Frankreichs für seine Sicherheit sei, anzuheben. Hierauf wurde der Gesetzentwurf mit 347 gegen 118 Stimmen angenommen.

Paris, 17. Januar. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Der Deputierte Deloncle beantragte, dem Zusatzartikel zu dem Gesetzentwurf über die Ausgabe von Billets der Banque de France die Bestimmung anzufügen, daß die Banque de France verpflichtet sein solle, die von ihr ausgegebenen Billets an ihren Kassen auf Sicht einzulösen. Die Kammer lehnte den Antrag ab und verworf somit unter Umföpfung des vorher erfolgten Beschlusses auch den Zusatzartikel.

Paris, 17. Januar. (W. T. B.) Der Senat nahm vor dem Schluß der Sitzung den Bericht Trarieux entgegen, in welchem die Annahme der von dem Justizminister Bourgeois eingebrachten Novelle zum Preßgesetz empfohlen wird. Die Dringlichkeit wurde beschlossen und die Berathung auf Donnerstag festgesetzt. Die Deputiertenkammer nahm mit 226 gegen 217 Stimmen den Zusatzartikel zu dem Gesetzentwurf über die Ausgabe von Billets der Banque de France an. Danach soll der Gouvernath der Bank niemals weniger als 1 1/2 Milliarden betragen.

Cassagnac überreichte heute dem Deputierten Dupuy-Dutemps, welcher ihn bejubelnd hatte, Panamageld empfangen zu haben, seine Zeugen.

Paris, 17. Januar. (W. T. B.) Gegenüber anderweitigen Blättermeldungen wird von unterrichteter Seite konstatirt, daß die von dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Hayos in der Angelegenheit des ausgewiesenen Korrespondenten des „Vindobipis Hirlap“, Seleni, bisher unternommenen Schritte nur informativ Natur waren und an kompetenter Stelle in entgegenkommendster Weise aufgenommen wurden.

Großbritannien und Irland.

London, 17. Januar. (W. T. B.) Nach einem Telegramm des „Austereischen Bureaus“ aus Kairo statete der englische Gesandte Cromer heute dem Khedive einen Besuch ab, bei welchem er erklärte, England erwarte bei allen wichtigen Schritten des Khedive, namentlich bei einem Ministerwechsel, zu Rathe gezogen zu werden. Die englische Regierung könne die Ernennung Khedive zum Premierminister absolut nicht gutheissen, da derselbe als durchaus nicht würdigenwerth erachtet werde. Cromer werde morgen den Khedive nochmals besuchen.

Der Khedive konferirte Nachmittags mit den früheren Premierministern Diaz und Nubar-Pascha. Man glaubt, daß weder Rußland noch Frankreich

